

Klimabündnis Stadtentwicklung informiert sich über kommunales Energiemonitoring in der Stadt Cottbus/Chóśebuz

07.08.2024 Fachinformation



@MIL

Im Rahmen der Klimareise des Klimabündnisses Stadtentwicklung durch Städte und Gemeinden in Brandenburg besuchte der BBU gemeinsam mit Bauminister Rainer Genilke am 7. August 2024 die Stadt Cottbus/Chóśebuz. Dort wurde über das Energiemonitoring informiert, das den Energieverbrauch in mehr als 40 kommunalen Gebäuden überwacht und so dabei hilft, frühzeitig Fehlfunktionen zu erkennen und den Energie- und Wasserverbrauch zu senken.

Mit ihrem "Klimabündnis Stadtentwicklung Brandenburg" wollen das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU) und die Landesgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) die Brandenburger Kommunen ansprechen und den Klimaschutz, insbesondere die Wärmewende, und die Klimafolgenanpassung vor Ort vorantreiben. Vor diesem Hintergrund bereist Bauminister Rainer Genilke das Land Brandenburg und informiert sich gemeinsam mit den Bündnispartnern von BBU und VKU über beispielgebende Projekte.

Beim Projekt "Energiemonitoring kommunaler Gebäude" der Stadt Cottbus/Chóśebuz werden seit 2020 digitale Sensoren und Datenlogger in Kitas, Horten, Schulen und Verwaltungsgebäuden installiert. Alle 15 Minuten werden wichtige Verbrauchsdaten und Gebäudezustände gemessen – wie Energie- und Wasserverbrauch, Temperatur, Luftfeuchte und -qualität – und an einen Server übertragen. Eine Software visualisiert die Daten und wertet sie aus. Werden bestimmte Grenzwerte überschritten, so schickt das System Alarmmeldungen per E-Mail oder SMS. Störungen und Fehlfunktionen von Heizungen, Lüftungsanlagen oder Wasserspülungen können dank des Monitorings zeitnah entdeckt und behoben werden.

Minister Rainer Genilke: "Das Land Brandenburg hat sich zum Ziel gesetzt, im Einklang mit den Zielen der Bundesregierung bis spätestens zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Das ist sehr ambitioniert und kann nur erreicht werden, wenn wir alle Akteure und insbesondere unsere Städte und Gemeinden mit ins Boot holen. Wir müssen Wärme, Strom und Mobilität stärker als bisher gemeinsam denken und diese Sektoren auf erneuerbare Energien umstellen. Ebenso müssen wir sonstige bestehende Einsparpotenziale auf eine intelligente – eine smarte – Weise nutzen. Hier liegt ein riesiges Potenzial für den Klimaschutz. Das heute besichtigte Projekt zum kommunalen Energiemonitoring in Cottbus sucht nach Energie-Lecks in öffentlichen Gebäuden. Das Projekt zeigt eindrucksvoll, wie sich der Energie- und Wasserverbrauch in kommunalen Gebäuden systematisch reduzieren lässt, was für die Kommunen am Ende auch eine Kostenersparnis bedeutet und zugleich das Klima schützt. Hier wird digitale Technik gerade in den Bereichen eingesetzt, wo es nicht unmittelbar möglich ist, auf das Nutzerverhalten zu achten oder direkt Einfluss zu nehmen: In Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Gebäuden. Vor allem aber ist dieser Ansatz auch von anderen Kommunen umsetzbar. Deshalb ist es für mich ein Best-Practice-Beispiel im besten Sinne."

Matthias Brauner, Leiter der BBU-Landesgeschäftsstelle Potsdam: "Das Beispiel der Stadt Cottbus zeigt, wie wichtig Gebäudesteuerung für die Wärmewende ist. Gleichzeitig wird daran auch gut erkennbar, dass Investitionen in Gebäude in verschiedenen Bereichen zunehmen – auch mit Technik, die immer kürzere Lebenszyklen hat und dennoch einen sehr wichtigen Beitrag zur CO2-Effizienz bringt. In beiden Bereichen arbeiten unsere Mitgliedsunternehmen an Lösungen und deren Implementierung in Wohngebäuden. Technische Innovation wird ein wesentlicher Aspekt einer auch für Mieter und Vermieter wirtschaftlichen möglichen Lösung der Wärmewende sein. Daher fordern wir technologisch deutlich offenere und rein am CO2-Ziel orientierte Regulierung. Die derzeitige "Denke" im Gebäudeenergiegesetz kommt fast nur aus der "Dämmecke" – auch wenn wir wissen, dass Anpassungen bei der Wärmeerzeugung und Steuerung einen bis zu fünfmal höheren CO2-Einsparbeitrag leisten. Unsere Forderung ist klar, das GEG muss überarbeitet werden, um entsprechende Anreize zu setzen und gesetzlich übersteuerte Investitionen und damit verbundene überhöhte Mietbelastungen und Überforderung der Wohnungseigentümer zu vermeiden."

Anja Zimmermann, Fachbereichsleiterin Hochbau der Stadt Cottbus/Chóśebuz: "Das Projekt "Energiemonitoring" ist eines der 15 Cottbuser Smart Cities-Teilprojekte und das Schwerpunktprojekt im Bereich Energie. Ziel ist die elektronische Erfassung wichtiger Verbrauchsdaten wie Wärme- und Elektroenergie sowie Wasser und Gebäudezustände wie Temperaturen, Luftqualitäten und Luftfeuchten. Die Daten der gegenwärtig über 700 Sensoren von 41 kommunalen Gebäuden, hauptsächlich Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude, werden alle 15 Minuten erfasst und an einen Server übertragen. Werden bestimmte Grenzwerte überschritten, so schickt das System Alarmmeldungen per E-Mail oder SMS. Störungen von Heizungen und Lüftungsanlagen oder laufende WC-Spülungen können dank des Monitorings zeitnah entdeckt und behoben werden. So können nicht nur finanzielle Mittel, sondern vor allem auch wertvolle Ressourcen gespart werden. Geplant ist, die Messtechnik sukzessive auf alle größeren kommunalen Gebäude auszuweiten. Bisher sind Fördermittel aus dem Programm Smart Cities in Höhe von circa 235.000 Euro in das Projekt geflossen. Die vom Fördermittelgeber ermöglichte Projektverlängerung bis September 2025 erlaubt den Ausbau auf circa 55 kommunale Gebäude."

Julian Büche, Landesgruppengeschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU): "Das kommunale Energiemonitoring in Cottbus ist ein wichtiges Instrument, um unnötige Kosten, Energie und Treibhausgase einzusparen und unterstützt so die Ziele der kommunalen Wärmeplanung. Für diese benötigen die Brandenburger Stadtwerke Planungssicherheit und Investitionsanreize, damit sie bis 2045 auch wirklich mit erneuerbarem Strom, Fernwärme und grünen Gasen klimaneutral heizen können. Wichtig ist jetzt, dass wir in die Umsetzung kommen. Das Förderprogramm des Bundes BEW - Bundesförderung für effiziente Wärmenetze - ist gut, aber nicht auskömmlich finanziert. Für den Ausbau der Fernwärme benötigen wir mindestens 3,4 Milliarden Euro jährlich bis Mitte der 30 Jahre, um die geplanten Ziele erreichen zu können."

Quelle: Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg













https://bbu.de/beitraege/klimabuendnis-stadtentwicklung-informiert-sich-ueber-kommunales-energiemonitoring-der-stadt-cottbuschosebuz